

341039340
3082401033

Kaukasische Post

Ercheint 2-mal wöchentlich:

am Mittwoch und am Sonntag.

Bezugspreis (mit Porto f. Auswärtige) 225 Hbl. für 1 Mt. Anzeigen: die 3-mal gebaltene Kleinzeile auf der ersten Seite 20 Hbl., auf der 4. Seite 17 Hbl. Traueranzeigen 800 Hbl.

Die Geschäftsstelle befindet sich zeitweilig im Kontor B. F. Trofker, Barjatinfskaja № 6. Bürostunden: werktäglich von 12-2 Uhr vormittags (zu fragen nach B. Bauer).

Nr. 6. Tiflis, Sonntag, den 23. Januar 1921. 13. Jahrgang.

Zweistöckiges Haus,

Ecke Gontscharnaja und Wodopodjennaja № 8/9, wird verkauft. Unter Haus und Hof 60 Q.adrat-Paden. Schriftliche Angebote erbeten an die Kirchenältestenrat der Tifliser evang.-luth. Gemeinde, Kirchenstrasse № 27 (Deutsches Kooperativ).

Zur Möglichkeit der Schaffung nationaler „Demis“ in untern Kolonien.

(1. Fortsetzung.)

Wie wir sehen, hat die Landchaftsverwaltung viel Arbeit und viele Pflichten. Um mit all' diesem fertig zu werden, müssen Organe der Landchaftsverwaltung geschaffen werden. Diese pflegen von zweierlei Art zu sein. Die einen entscheiden über alle Fragen der örtlichen Bedürfnisse, befehlen die Bewohner zu gemeinnützigen Zwecken, wählen Personen auf verschiedene Posten und beobachten deren Tätigkeit. Das sind die anordnenden Organe. Die andern treffen selbst keine Anordnungen, sondern vollziehen nur die Befehle der anordnenden Organe und legen denselben Rechenschaft von ihrer Tätigkeit ab. Das sind die ausführenden Organe. In der Sowjetunion, Kreis- u. Dorf-Landchaft werden anordnende Organe die Landchaftsversammlungen sein. In demokratischen Ländern nehmen an diesen Versammlungen in der Dorfern mit nicht zu großer Einwohnerzahl *) alle Bürger teil, in Orten mit großer Einwohnerzahl aber werden alle Angelegenheiten durch Repräsentativ verwalte (Vertreterversammlungen **) die ausführenden Organe der Selbstverwaltung sowohl in der kleinen Landchaftseinheit (bei uns also in der „Demi“), wie in der Kreislandchaft usw. können nur aus Vertretern der Bevölkerung bestehen.

Reiche und Arme, Gebildete und Ungebildete, Männer und Frauen, alle sind gleichermaßen an den örtlichen Bedürfnissen beteiligt. Deshalb müssen auch alle Bürger sich den Anordnungen der örtlichen Selbstverwaltungsorgane fügen und wo erforderlich an der Arbeit derselben teilnehmen. Die ausführenden Organe der Landchaft müssen vollständig (demokratisch) sein, d. h. die Landchaftsverwaltungen (russisch: Упразды) müssen aus Personen bestehen, zu denen das Volk Vertrauen hat, aus Leuten, von denen das Volk weiß, daß seine Sache in zuverlässigen Händen ist. Und diese Erwählten müssen nach Ablauf einer bestimmten Zeit vor ihren Wählern über all' ihre Handlungen u. deren Rechenschaft ablegen und werden, falls sie das Vertrauen des Volkes nicht gerechtfertigt haben, nicht wieder gewählt. Deshalb müssen aber auch nicht nur die Landchaftsversammlungen, d. h. die anordnenden Organe **), sondern auch die ausführenden Organe aus gewählten Personen bestehen und nicht aus solchen, die von Ministern und andern Regierungsbeamten ernannt sind. Denn in letzterem Falle könnte das Volk ja von ihnen keine Rechenschaft über ihre Tätigkeit verlangen, weil sie, ihren Vorgesetzten untergeordnet, nur von diesen abhängig wären. Die ausführenden Organe können in den kleinen Gemeindefschaften, in den Dorf-Landchaften, aus einzelnen gewählten Personen (Vor-

steher, Schriftführer u. a.) bestehen, welchen die Gemeindeversammlung die Ausführung ihrer Befehle übertragen kann, in größeren Landchaften dagegen werden sie in der Regel aus einigen Personen bestehen, die von der Bevölkerung gewählt werden. Die gewählten Landchaftsversammlungen und Landchaftsverwaltungen entscheiden über alle Angelegenheiten dieser Landchaften. Die Aufgaben aber, welche das ganze Volk oder Land angehen, d. h. die Verwaltung der Staatsangelegenheiten, gehören zu denen der gesetzgebenden Versammlung der Volksvertreter (Parlament) bzw. denen der Minister, oder, wie man sagt, der Zentralgewalt. Diese Zentralgewalt (bei uns das Ministerium des Innern) hat darauf zu achten, daß die Landchaftsversammlungen nicht ihre Befugnisse überschreiten und somit auch nicht die Gesetze übertreten.

Auf denselben Grundlagen wie die Dorf-Landchaft muß auch die Selbstverwaltung der Städte eingerichtet sein. Wie in den einzelnen Dorfern die örtlichen Angelegenheiten durch d. Dorf-Landchaftsversammlungen verwaltet werden, so müssen auch an der Spitze einzelner Stadtteile besondere Ratversammlungen stehen, gewählt von allen Bewohnern. Die Ratversammlungen der Rayons sind in dem Stadtrat vereinigt.

Auf diese Weise wird das ganze Land vor oben bis unten mit Organen der örtlichen Selbstverwaltung versehen. Das ganze Volk wird durch die Organisation der Selbstverwaltung unmittelbar an der Verwaltung der Staatsangelegenheiten an Ort und Stelle teilnehmen. Es wird sich für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten interessieren, weil das seine Angelegenheiten sein werden. Die gemeinsame Arbeit wird für das Volk eine gute Schule sein; sie erzieht im Volk selbstbewußte Bürger, die, zum politischen Leben vorbereitet, ihre Pflichten kennen und sich ihrer Verantwortlichkeit vor dem Staate bewußt sind. In der demokratischen Republik gibt die Selbstverwaltung, welche auf demokratischen Grundlagen aufgebaut ist, dem Volke die Möglichkeit, seinen Willen u. seine Wünsche offen zu erklären; sie eröffnet ihm einen breiten Weg zum Kampf für die Befreiung von seiner ökonomischen Abhängigkeit und macht es, kurz gesagt, dem Volke möglich, sich selbst zu regieren ***) .

(Fortf. folgt.)

Politische Nachrichten.

Georgien. — In Beantwortung der Note des georg. Vertreters Sjewjet-Rußlands bei der georg. Regierung, Kaxtawis, vom 30. Dez. v. J., über deren Inhalt Begründung der Einhellung der im Spalders-Transit-Abkommen vom 14. Nov. v. J. vorgesehenen Kapthalieferung an (Georgien) wir bereits in der vorletzten Nummer berichtet haben (s. „Zur außenpol. Lage Georgiens“), hat der derzeitige Vertreter des georg. Ministeriums des Äußern, K. Saba-chwara-schwili, unter dem 19. d. Mts. № 478, eine Note an ersteren gerichtet, in welcher er die Erwägungen Kaxtawis als „garnicht im Zusammenhang mit dem erwähnten Abkommen stehend“ bezeichnet und, mit Berufung auf eine frühere Note, vom 15. Dez. v. J. Nr. 10890, die in dieser enthaltene Motivierung seiner Auffassung, nach den Punkten in der Note Kaxtawis, nur mit noch größerer Aus-

süchlichkeit, wiederholt und die gegen die georg. Regierung erhobenen Anschuldigungen (sinsichtlich der russ. Schiffe in den georg. Häfen, der Verhaftung der Kommunisten, der Schließung kommunistischer Komitees und Zeitungen, der Verhaftung der Mitarbeiter des „Zentrischus“ etc.) als ungerechtfertigt zurückweist und zwar im allgemeinen mit der nantlichen Begründung, wie sie die „Dorfs“ schon gebracht hat (s. vorige Nummer: „Zur außenpol. Lage Georgiens“) und die wir deshalb an dieser Stelle nicht weiter dazu legen brauchen. Zum Schluß der Note aber heißt es — und das ist neu, eine Ueberraschung für die Vertretung der Sowjetregierung in Georgien: — „In dem sich in dieser Tatsache (d. h. im Zurückhalten seit dem 5. Dez. v. J. nicht nur des rollenden georg. Materials, sondern auch des georg. Juppersionals. Die Schrittleitung) eine Verletzung der Rechte des georg. Volkes und eine vollständige Mißachtung seiner dringlichen Interessen ausdrückt, hat meine Regierung, da ihre Forderungen unbefriedigt gelassen worden, ungeachtet ihrer Gesinnung, sich gezwungen gesehen, nach dem Grundab der Gegenseitigkeit das Bestmögliche Sjewjet-Rußlands und Sjewjet-Adierbeidjans, soweit es sich in den Grenzen Georgiens befindet, zu beschlagnahmen, und zwar nicht die Zeit bis zur Wiederhaltung der georg. Marschroute, Büze und deren Juppersional.“ Es unterliegt natürlich keinem Zweifel, daß die russ. Sowjetregierung diese Gegenmaßnahme der georg. Regierung nicht ruhig hinnehmen wird. Der Konflikt scheint sich also immer mehr zuzuspitzen. — Sjewjet-Armensien fordert von Georgien die Räumung der sog. „neutralen Zone“ im Vordniakal-Kreise. Das georgische Ministerium des Äußern hat sich bereit erklärt, die Angelegenheit auf friedlichem Wege zu regeln, jedoch unter Aufsicht der armenischerseits in Vorschlag gebrachten Vermittlung Sjewjet-Rußlands.

Frankreich. — Das Kabinett Levesgue ist zurückgetreten. Ein neues Kabinett ist gebildet worden, mit Aristide Briand als Premierminister. Letzterer hat auch das Portefeuille des Außenministers übernommen. Weiteres hierüber in der nächsten Nummer.

Zur Abreise Karl Kautsky's.

Die Mitglieder der internationalen sozialistischen Delegation Karl und Luise Kautsky haben Tiflis bereits am 1. d. Mts., abends, verlassen, um über Batumi in die Heimat, d. h. nach Deutschland zurückzutreten. Auf dem Bahnhof waren zum Abschied die Minister, das Präsidium der Grundgesetzgebenden Versammlung, die ausländischen Konsuln, Vertreter der Missionen, der Chef der Eisenbahnen Ingenieur A. G. Kandelaki, Vertreter verschiedener Regierungsbehörden, sämtliche Mitglieder des 3. Eisenbahnerkongresses, Vertreter der politischen Parteien und viele Freunde und Bekannte Kautsky's erschienen. Es wurden zahlreiche Abschiedsreden gehalten. Vor und bei Abgang des Auges spielte Müll, die von mehreren Orchestern ausgeführt wurde. Genossin Luise Kautsky erhielt als äußeres Zeichen der ihr gesellten allgemeinen Bewehrung ein prächtiges Bouquet, bestehend aus einer Rosen- und in einem originellen Korbe Weintrauben und Früchte. — Auf vielen Stationen zwischen Tiflis und Batumi begrüßten Scharen von Arbeitern Herrn „Altegen Führer“ mit lebhaften Anrufen und brachten Frau Kautsky auch übersüßte Blumen und Früchte dar. Auf der Station Chatschuri (Michailow) hielt Kautsky eine große Rede (deutsch), in

*) In England in Dorfern mit nicht mehr als 300 Bewohnern.

**) Als solche Ortsgruppen können bei uns Katharinenfeld und Eltschbatal in Betracht.

***) Die (allgemeinen Bürger- u.) Vertreterversammlungen.

****) In meinen bisherigen Ausführungen folgte ich der im Jahre 1917 in Katscharenstadt in Deutschland und Berlin des „Kolonisten“ erschienenen Broschüre: „Was ist das Kreislandchaftsamt u. wie muß es eingerichtet werden?“

welcher er die positiven Eigenschaften der Arbeiterbewegung in Georgien hervorhob. Es seien aus ihr folgende bewertenswerte Stellen wiedergegeben: „Ihr georgischen Arbeiter befindet in Eurem Tun und Lassen eine gewisse Verwandtschaft mit dem alten, sehwalen Mittelrum. Der Ritter der Lehnzeit besaß zwei hohe Eigenschaften: im Kampfe mit einem Gegner wandte er stets nur ehrliche Mittel an und gebraucht niemals vergiftete Waffen; den schon am Boden liegenden Gegner unerbittlich und unruhig Blut zu vergießen, hielt er unter seiner Würde. Der schreckliche Krieg hat eine allgemeine Verrohung herbeigeführt, und sogar in den zivilisierteren Ländern sind die positiven Eigenschaften des Mittelalters geschwunden, sie haben einer sinnlosen Bosheit und der Verdringung niedriger Instinkte Platz gemacht. Wir sehen, wie in Eurem Nachbarn der Kampf fast ausschließlich mit unehelichen Mitteln geführt wird, wie Treubruch, Lüge und Verrat in reichem Maße angewandt werden, wie sinnlos Blut vergossen und der schon am Boden liegende Gegner umgebracht wird. Ihr aber hier, in Georgien, Ihr georgischen Arbeiter, habt die ritterlichen Tugenden bewahrt: Ihr wendet im Kampfe nie vergiftete Waffen an, Ihr nehmt nie Eure Zukunft zu Lüge und Betrug, und nicht durch Treubruch und Verrat; Ihr schlagt Euren Gegner nicht tot, wenn er bereits am Boden liegt; Ihr vergießt nicht Blut unnötig, Ihr fällt auch nicht über die schwächeren Nachbarn her; Ihr trachtet bloß nach Frieden und nach guten Beziehungen mit allen Nachbarn. Das alte Mittelrum hat uns aber auch viele negative Eigenschaften vermach, viele ungerechte Einrichtungen hinterlassen. Einige dieser Leberlieferungen habt Ihr schon beseitigt. Einige aber, wie z. B. die mittelalterliche Verschwörungslust, die uns bei der Organisation des Wirtschaftslebens so hinderlich ist, müssen noch beseitigt werden. Die positiven Eigenschaften des Mittelalters, von denen ich vorher gesprochen habe, müssen erhalten, antwickelt und vervollkommen werden. Diesen ritterlichen Tugenden müßt Ihr Euren proletarischen Inhalt verleihen: den Ritter kämpfte für seine Ideale, für die Ehre seiner Dame oder für seine Rittereure, Ihr aber sollt die ritterlichen Eigenschaften den großen, sozialistischen Idealen des Proletariats anpassen. Der Ritter wandte ritterliche Mittel nur im Kampfe mit seinem Standes- und Berufsgeossen an, d. h. mit Rittern, um es sich aber um Angehörige anderer Klassen handelte, um Bauern oder Bürger, sah er von den Erwägungen der Ehre ab, und im Kampfe mit ihnen galt ihm jedes Mittel als zulässig. Das Proletariat, welches weit gesteckten gesellschaftlichen Zielen zustrebt, muß diese Beschränkungen fallen lassen; es muß sich von dem Begriffe des Ehrs in seinen Beziehungen zu den Angehörigen aller Klassen gleichermaßen leiten lassen. Auf diesem Wege befindet Ihr Euch, georgische Arbeiter! Eure Kampfmittel sind die selben, welche ich im Laufe von 40 Jahren verfolgte habe. Davon habe ich mich während meines Aufenthalts bei Euch vollends überzeugt. Ich habe Eure ritterlichen Eigenschaften erkannt und Euch um ihretwillen so lieb gewonnen. Niemand habe ich mich so wohl gefühlt wie bei Euch. Ich fahre fort mit dem Gefühl tiefen Leidens, weil ich mich von Euch trennen muß, aber zugleich mit dem freudigen Bewußtsein, daß ich zu Euch werde zurückkehren können und daß ich darin die ritterlichen Eigenschaften, die das georgische Volk besitzt, in Eurer Mitte sich weiter entwickelt und vervollkommen haben werden.“ Die Rede Kautskys wurde mit stürmlichem Beifall aufgenommen, und die begeisterten „Wach!“ „Wach!“ Rufe folgten gar nicht aufhörten. Unter den Klängen der „Internationale“ und den „Wach!“-Rufen verließ der „zug die Station Chachuri. — Auf einer der kleineren Stationen zwischen Chachuri und Kutais sagte Kautsky u. a.: „Mich freut es, daß die sozialistische Bewegung in Georgien nicht nur im Zentrum — in der Arbeit — sondern auch in den weitabliegenden Gegenden, ja — in jedem Winkel der Republik stark ist. Ihr seid hier nur in kleinen Dörfern beisammen, wie von aller Welt abgeschieden, aber Ihr föhlt es zugleich, Ihr seid Euch dessen vollkommen bewußt, daß Ihr Mitglieder einer, jener großen proletarischen Familie bildet, die das große Werk der Zukunft schafft, und daß Ihr Euch jedesmal einen Teil zu dieser Bewegung beiträgt.“ — In Kutais erwähnte Kautsky in abersmals langer Rede die Parteigeossen zur Einzelt, auf das traurige Beispiel der Ewaltungen in den sozialistischen Parteien Westeuropas hin-

welchend. „Ich weiß“, sagte er u. a., „daß auch unter Euch Meinungsverschiedenheiten, ein gewisses Nebeneinanderstehen besteht. Aber wenn es selbst den Volkswort nicht gelungen ist, die georgische Arbeiterkraft zu spalten, so glaube ich, werden jene Differenzen erst recht nicht Eure Partei spalten. Mein innigster Wunsch ist der: ich möchte, daß es mir vergönnt wäre, in kurzer Zeit zu Euch zurückzukehren als Vertreter nicht nur der vereinigten Sozialdemokratie Deutschlands, sondern auch als Vertreter des jetzigen Deutschlands, an dessen Spitze die einzige deutsche Sozialdemokratie stünde. Ich wünschte, daß auch ein anderes vorgeschrittenes Reich im Westen, England, möglichst bald den Weg des Sozialismus beschritte und daß auch an die Spitze Englands die proletarische Partei träte. Dann wird Eure Sache, die Sache des unabhängigen sozialistischen Georgiens auf festem Boden ruhen. Eünftwilen aber bietet den großen Schatz (gemeint ist die Einzelt der Partei, D. Schrift.), den Ihr zu besitzen das Glück habt. Es lebe die einzige Sozialdemokratie Georgiens!“ — In Batum wurden Kautskys großartige Deationen bereitet, an denen sich auch die Volksgarde (in Zivil) beteiligte. Diese Kundgebungen spielten sich bereits im Hafen ab, als Kautsky schon an Bord des Schiffes gegangen war, das ihn nebst Frau zunächst nach Konstantinopel bringen sollte und von dort weiter nach Italien. Kautsky leueteerte auch hier mit tiefer Rührung mehrfach, wie sehr er Georgien lieb gewonnen habe und daß er den sichern Glauben habe, nichts werde die georgische Demokratie zu unterdrücken oder gar zu vernichten vermögen. Bei schönem Wetter und stiller See verließ am Abend des 4. d. Mts. das Schiff „Franz Ferdinand“ die Reede von Batum.

Die georgischen Minister beim Deutschen Gesandten für Georgien.

Am 17. d. Mts., um 7 Uhr abends, empfing der Deutsche Gesandte für Georgien, U r i c h K a u s k y, in den Räumen der Gesandtschaft nachstehend genannte Mitglieder der georgischen Regierung und Vertreter der georgischen höheren Militär- und Beamtenwelt, die der Einladung des Gesandten zu einem vertraulichen Besamensein freundlichst gewillt waren: S h p d a n i a (Premierminister), K a m i s h g w i l (Janen-u. Verchschminister), T s i c h i s c h n a d s e (Kriegsminister), A t e n i d s e (Justizminister), S j a b a c h t a r a s c h w i l (St. Berweiser des Innenministeriums), die Generale: S a c h a r i a d s e (Chef des Generalstabs), D i h a p a r t i d s e (Chef des Verbindungsbüros) G e r e w a n i c h w i l i und D b i s c h e l i d s e, allgemein bekannt als Führer der georg. Armee, T s i c h i s c h n a d s e (Unterstaatssekretär im Verchschministerium), K u t a t e l a d s e (Unterstaatssekretär im Justizministerium), T a t i s c h w i l (Ministerdirektor im Ministerium des Neuherrn), L o z o l i p a n i d s e (Arzt des Hofstabs) u. a. — Die kurze Rede, welche der Gesandte zur Begrüßung der Gäste in deutscher Sprache hielt, zeichnete sich durch ungekünstelten, lebhaften Ausdruck, Gedankentrichum und festes Vertrauen zu der Kraft und dem guten Willen aus, die auf beiden Seiten, der deutschen wie der georgischen, unzweifelhaft zu finden seien und den erwünschtesten Erfolg: die Annäherung zwischen der deutschen und der georgischen Demokratie gewährleisten. Die Einzelt der Rede des Gesandten wurde übergehend, mäßig und hier nur noch bemerken, daß Redner, Bezug nehmend auf die am nächsten Tage (18. 1.) bevorstehende Gedentfeier des 30-jährigen Bestehens des Deutschen Reiches, besonders betonte, wie groß seine Freude sei, gerade am Vorabend dieses Tages auf dem festen Boden des aus einer mehr als tausendjährigen, an eigener Kultur so reichen geschichtlichen Vergangenheit längst zu neuem, selbständigem politischen Leben emporgestiegenen Georgiens sich in der Mitte derjenigen Männer zu befinden, die berufen seien, das Schicksal dieses gelegenen Landes nach bestem Wissen und Können zum Wohle seiner Bevölkerung mit zu bestimmen. Dieser gemeinschaftlich verbrachte Abend werde ich in stets in angenehmer Erinnerung bleiben. Zum Schluß seiner Rede, die in dem hoffnungsvollen Afford erlangte, die Freundschaft zwischen den beiden Demokratien, der deutschen und der georgischen, werde nicht nur fortbestehen, sondern sich immer mehr und mehr bis zu höchster Blüte entwickeln, erhub der Gesandte sein Glas und rief mit lauter, fester Stimme: „Voch Georgien! Voch das georgische

B o l k!“ — Die Rede des Gesandten wurde vom Innenminister Kamischwill gleich darauf ins Georgische überföhrt und hat auf alle Anwesenden einen f i e r l i c h g u t e n und n a c h h a l t i g e n E i n d r u c k g e m a c h t. — Während des G e s a m t s, das sich an die Begrüßung des Gesandten angeschlossen und bei dem Legationsrat E. A n d e r s und der bisherige diplomatische Vertreter des Deutschen Reiches für Georgien Dr. v. D r u f f e l dem Gesandten in seinen Bemerkungen um die Unterhaltung der Galle liebenswürdigst zur Seite standen, herrschte, entsprechend dem Charakter des Besamenseins, ein überaus ruhiger, wie möchten fast sagen — vornehm-gedankvoller Ton. — Von den wenigen Zeichnungen, die gehalten wurden, wäre hier besonders zu erwähnen: nur die ins französische Sprache gehaltene (die Gespräch wurden auch größtenteils französisch geführt) R e d e des Premierministers S h o r d a n i a, welche nicht minder freundschaftlich, nicht minder herzlich klang wie die Rede des Deutschen Gesandten und mithin als ein neues Unterpaad erspriehlichen Zusammenwirkens der Deutschen Gesandtschaft mit der georgischen Regierung in Gegenwart und Zukunft gelten darf. — Das Besamensein endete gegen 11 Uhr abends.

Die auswärtige Lage Deutschlands.

Der Reichsaussenminister Dr. S i m o n s sagt weiter: „Ich komme jetzt zu einem der schwierigsten Kapitel der auswärtigen Politik, zu einem Teil des deutschen Volkes, der um materieller Interessen willen von uns getrennt ist. D a n z i g liegt Deutschland und dem deutschen Volk nach wie vor am Herzen. In Paris werden jetzt die Wärfel über sein Schicksal geworfen. Wir hören nur, daß Danzig nicht mehr deutsch ist. Was es nun englisch oder polnisch werden. Danzig ist nicht mehr deutsch? Das ist nicht die Wahrheit. D a n z i g ist deutsch und wird deutsch bleiben. (Lebhafter Beifall.) Man hat der Danziger Bevölkerung versagt, sich freie Handelsstadt zu nennen. Aber wenn Menschen schweigen, werden Steine sprechen, und die Danziger Steine sprechen: Wir sind eine deutsche Handelsstadt. (Lebhafter Beifall.) Ich sage das nicht, um entgegen dem Friedensvertrag den Beistand anderer Staaten fördern zu wollen; aber wir müssen das Recht haben, der deutschen Stimme zu geben, die das Deutschum hochhalten. (Beifall.) In Mittelafrika des Interesses liegen die Verhandlungen über den K o r r i o r, der uns von Dnipruzen trennt. Wir werden mit Polen ein neues Abkommen schließen müssen. Die Verhandlungen sind nicht etwa von Polen gefordert worden, sondern immer wieder von Deutschland. Jetzt endlich sind sie von der Bolschasterkonferenz angeordnet worden. Von unserer Seite werden die Verhandlungen vom Grafen Spulenburg mit Unterabüung Sachverständiger geführt, darunter auch Vertreter von Preußen. Besonders zu regeln wird sein die Frage des Verkehrs zu Lande, auf dem Wasser und in der Luft. Ein wichtiger Gegenstand der Verhandlungen wird besonders das allgemeine Wirtschaftsabkommen sein, das wir mit Polen werden schließen müssen. Dabei spielt die Wirtschaftssperre, zu der wir haben greifen müssen, eine besondere Rolle. — Ueber Oberschlesien möchte ich nicht gern sprechen. Dazu wird das Autonomiegesetz Gelegenheit geben. Die obereschlesische Frage ist deshalb so kompliziert, weil sie nicht nur eine wirtschaftliche, nicht nur eine preussische und deutsch-polnische, sondern eine europäisch-politische Frage ist. Ganz Europa ist daran interessiert, was aus der obereschlesischen Rolle, aus den obereschlesischen Gruben und Industriem wird. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist unrichtig, wenn Graf Westarp behauptet, wir hätten dieses schwierige obereschlesische Problem in Spa außer acht gelassen. Das Gegenteil ist der Fall. Ich habe in einer Weise dort Oberschlesien in die Debatte geworfen, die höchste Aufmerksamkeit der ganzen Konferenz hervorgerufen hat. Ich habe ausgeführt, daß es unrichtig sei, für die ganze europäische Wirtschaft in Oberschlesien eine Abtümung vorzunehmen zu lassen; wir müßten Oberschlesien diese verwirrende und die Wirtschaft förende Maßnahne ersparen und Oberschlesien im Interesse seiner wirklich guten Ausbeute bei der alten deutschen und preussischen Verwaltung lassen. Ich würde es beklagen, wenn es wahr sein

*) Es sei daran erinnert, daß diese Rede am 29. Okt. v. J. gehalten wurde, als die Danziger Frage noch nicht endgültig entschieden war. — D. Schrift.

solte, was mit von verschiedenen Seiten gesagt wird, das die Verhandlungskommission an die oberösterreichische Industrie heranzutreten sei mit der Forderung eingehender Information darüber, wie sich die oberösterreichische Industrie bei einem Uebergang an Polen verhalten würde. (Hört, hört!) Die internationalisierte Kommission hat keinen andern Auftrag, als dafür zu sorgen, das bis zur Abstimmung Oberösterreich ordentlich verwaltet wird, und das die Abstimmung unbedingt unparteiisch vorgenommen wird. (Lebhafte Zustimmung.) Kein Tag vergeht, ohne das nicht geklagt wird über polnische Vergewaltigung. Ich fürchte nur, das diese Mitteilungen alzu wahr sind. Die Störung und Sprengung polnischer Versammlungen im Reich hat aber eine sehr gefährliche Agitation. Ich kann immer nur vor Repressalien warnen. — Auch Litauen gegenüber besteht ein Hemmnis im Memeler Lande. Das ist um so bedauerlicher, als sonst zwischen Litauen und Deutschland keine Interessengegenstände vorliegen. Wir haben im Gegenteil viele parallel laufende wirtschaftliche Beziehungen. Hoffentlich bleibt Litauen am Leben, das ist aber fraglich geworden. Wir wissen, das ungenügend große Truppenmassen von den Polen an die Südgrenze Litauens zusammengezogen werden. Man kann jeden Augenblick mit dem Kriegszustand rechnen. Deutschland aber kann die Schuld dafür nicht zugeschoben werden. Für Deutschland gibt es nur eine Stellungnahme, und das ist die der unparteiischen Neutralität, wie wir sie auch im Kampf zwischen Polen und Rußland beobachtet haben. Wir bleiben neutral, d. h. die deutsche Regierung billigt nicht die Uebertritte von deutschen Truppen über die preussisch-litauische Grenze, sie billigt nicht das Verschleppen von Material über die Grenze, und wenn es geschieht, so geschieht es ohne Wissen und gegen den Willen der deutschen Regierung. Wenn man uns aus diesen Uebertritten, die nicht unbedeutend zu sein scheinen, einen Strich drehen will, so etwanere ich daran, das wir die Grenze unmöglich mit einem genügenden Korbon umgeben können. Wir müßten die ganze Reichswehr aufstellen, wenn wir es tun wollten.“

Die Entschädigungsgesetze.

Dem Deutschen Reichstag sind drei Gesetzesentwürfe zugegangen, die zum Gegenstand haben:

1. den Erlass der durch die Abtretung deutscher Reichsgebiete entstandenen Schäden (Verdrängungsschädengesetz),
2. den Erlass von Kriegsschäden in den ehemaligen deutschen Schutzgebieten (Kolonialschädengesetz),
3. den Erlass von Kriegsschäden im Ausland (Auslandsschädengesetz).

Ueber den Auseren Rahmen dieser Gesetze teilt die „Dena“ näheres mit. Wir lassen hier das folgen, was sich auf den uns besonders interessierenden dritten Gesetzesentwurf bezieht:

Das Auslandsschädengesetz knüpft an das Gesetz vom 3. Juli 1919 an, welches Vergütungen für die durch den Krieg entstandenen Sachschäden innerhalb des Reichsgebietes betraf, indem es für die Kriegsschäden im Auslande Ersatz gewährt. Entschädigt sollen nur Reichsdeutsche (wenigstens in der Regel) und nur für Schäden an beweglichen und unbeweglichen Sachen werden. Als Sachschäden wären anzusehen die unmittelbaren Folgen von kriegerischen Maßnahmen, von Brand oder Plünderung, von Gefangenschaft, Flucht oder Abschleppung und von militärischer Notigung zur Verfechtung des Eigentums. Für ganz eingetretene Sachen wird der volle Wert, für beschädigte ein entsprechend geringerer Wert und für verschleuderte die Differenz zwischen Erlos und Wert erst. In Berücksichtigung bespöcherer Gründe können hierzu Zuschläge bewilligt werden. Im Etat wird fählich ein Betrag für solche Geschädigte angesetzt, deren wirtschaftliche Bektätigung in Uebersee den Reichsinteressen besonders dienlich gewesen ist, damit sie in gleichem Sinne auch fernzwehen wirken können. Im Falle der Bedienstetheit sollen Auslandsdeutsche, die im Rahmen des vorliegenden Gesetzes keine Ansprüche erheben können, aus einem Reichsfonds unterstützt werden, der mit 40 Millionen Mark im Etat zu begründen ist. Die allgemeinen Entschädigungssablungen erfolgen nach den festzulegenden Bedingungen, wobei anstatt Geldleistungen anderweiter Ersatz gewährt werden kann.

Bei der unsicheren wirtschaftlichen Lage des Reiches ist es freilich ausgeschlossen, das die zweifellos gemaltigen Entschädigungssummen schlankweg ausgezahlt werden können. Im Gesetz ist daher der Vorbehalt gemacht, das hier, wie übrigens auch bei den anderen Entschädigungsgesetzen, die Ansprüche nur allmählich befriedigt und durch geldwerte Zahlungsmittel beglichen werden.

Das Leben des Kronprinzen.

„Wie eine Einladung der Rückkehr.“

Der Reichsausschuß der Preussischen Landesversammlung setzte seine Beratungen über die den Hohenzollern zu überweisenden Grundstücke fort. Für das Leben des Kronprinzen wurde von den Sozialdemokraten verlangt, das es an den Staat zurückfalle, da nach der Stiftungsurkunde das Leben nur zur Verorgung des jeweiligen Kronprinzen bestimmt sei. Es sehe ein Grundstück im Umfange von 10 000 Hektar mit einem Friedenswert von 6 Millionen Mark in Frage. Der Vertreter des Justizministeriums trat den vorgebrachten Gründen entgegen. Der Kronprinz verliere das Leben nur dann, wenn er König werde, aber nicht, wenn er nicht mehr Kronprinz sei. Auch die Justizminister Steine und Rosenfeld hätten sich in diesem Sinne in einem Schreiben an das Hausministerium ausgesprochen. Außer der dem Kronprinzen zugewiesenen Schloßern werden ihm Homburg und das Mamorpalais als Wohnsitz zugewiesen. Abg. Zellmann (Soz.) führte aus, das man besondere Lieblingswünsche nicht herbeizugie abhehen solle, das aber diese Residenzrechte wie „eine Einladung zu späterer Rückkehr“ ausfielen.

Ein ungarisches Ehrengeschenk an Madrasen.

Aus Budapest wird der „Post. Ztg.“ berichtet: Seit längerer Zeit ist hier eine Aktion im Gange, dem Feldmarschall Madrasen für das ihm angetane Unrecht Genugtuung zu geben, wie überhaupt die Ungarn die Fehler, die sie gegenüber Deutschland begangen haben, möglichst gutmachen wollen. Ein Ausfluß dieser Bewegung ist die Stiftung eines Ehrengesells seitens des Komitats Kozgrad; ähnliche Ehrengeschenke sind Madrasen von seiten der Stadt Budapest und sämtlichen Komitaten sowie größerer Städten Ungarns zugesagt worden. Die Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen war auch das Hauptthema der Besprechung der ungarischen Politiker mit dem Reichstagsabgeordneten Dr. Heim.

Eine Studentenschlacht in Gdnburg.

Aus London wird berichtet: Die Wash. Lloyd Georges zum Ehrenretor der Universität Gdnburg ist zwar mit großer Mehrheit, aber durchwegs nicht glatt erfolgt. Die Studentenschaft war in zwei Parteien gespalten, in die Lloyd-George-Partei und in die Partei der Wesalen, die Prof. Gilbert Murray zum Rektor gewählt wissen wollte. Beide Parteien besapbten sich erbittert, und am Tage des Wahlschlusses kam es vor der Universität zu einer wittenben Studentenschlacht, bei der sich die Gegner mit faulen Eiern, herbeizem Obst, Erbsen, Rüß und Oker bombardierten. Die Lloyd-George-Partei küß das Bild des gegnerischen Rektoratskandidaten an einem Galgen ausgehängt. Um dieses Bild entwidelte sich eine erbitterte Raßbalgerei. Schließlich gelang es den Heberalen Studenten, das Bild ihres Kandidaten vom Galgen herunterzureihen und im Triumph davonzuführen. Dem Schaupiel der Studentenschlacht um die Wash. Lloyd Georges wählten mindestens 4000 Personen als Zuschauer bei.

Die Wirtschaft des Kommunismus.

V (Fortsetzung).

Und wir haben daneben eine Landwirtschaftliche Produktion, die vollkommen unkommunistisch, vollkommen individualwirtschaftlich und allenfalls planwirtschaftlich funktioniert. Von einem lebendigen Austausch zwischen Stadt und Land fehlt tatsächlich noch jede Spur. Die Stadt hat, im Großen gesehen, keine Gütererzeugung.

Wie also erfolgt der Austausch? Im Ersten und Entscheidenden gegen Geld. Und das ist das Dritte, was von dem kommunistischen Wirtschaftsbilde in Sowjetrußland nicht verwirklicht worden ist. Von einer Abschaffung des Geldes, von einem Gütererkehr durch Verrechnung ist keine Rede. Goldschmidt schildert sehr schön, wie innerhalb der Industrieorganisation der Bargeldverkehr eine geringfügige Rolle spielt und alles bargellos verrechnet wird. Aber das ist nicht als eine Selbstverständlichkeit, die sich in den privatkapitalistischen Traktat Carons und Americas genau so ergibt und grundsätzlich völlig bedeutungslos ist. Auch das man gelegentlich den Baumwollpflanzern in Turkestan dadurch einen größeren Anreiz zur Ablieferung gibt, das man ihnen einen Teil des Entgeltes in Geweben liefert, kann gar nichts besagen. Solche Naturalwirtschaft haben wir während des Krieges auch gehabt. Ausschlaggebend ist vielmehr dies: das Geld hat seine Rolle als Zirkulationsmittel wie Wertmesser ganz unverändert behalten. Und nur in einem unterscheidet es sich in der Sowjet-Wirtschaft von dem Geld der alten privatkapitalistischen Wirtschaftsordnungen: es ist T r u g g e l d geworden. Derjenige, der es ausgibt, denkt nicht mehr daran, es als eine Schuldverpflichtung zu fählen, für die er dem Gläubiger haßbar ist. Er weiß im Gegenteil, das er es nicht einlösen wird, nicht einlösen will. Das Sowjetgeld ist, wie Goldschmidt sich ausdrückt, Geld für das Land, wesentlich Geld für den Einkauf der Lebensmittel, die die Stadt braucht. Es ist kein Rückfluggeld, sondern nur ein Abfluggeld. Diese Noten flattern ins Land, aber sie flattern nicht zurück an die Ausgabestelle. In dieser angeblich geldloschaffenden Wirtschaft schwillt die Summe des Geldumsatzes ins Ungeheure. Für Ende Mai 1920 bejifferte man die Gesamtsumme auf mindestens 800 Milliarden Rubel und den täglichen Zuwachs auf mindestens 2 bis 3 Milliarden. Die Sowjet-Republik zahlt unausgesetzt ungeheure Summen an Gehältern und Löhnen für Arbeit, oder wo sie fehlt, für Anwesenheit. Und je mehr das Geld entwertet wird, je höher die in ihm bemessenen Preise steigen, desto mehr schwillt diese Notenausgabe lawinenartig an.

Schmuggel und Lebensmittellkrise.

Was bedeutet sie, warum werden diese Noten genommen? Sicherlich nur, weil und so lange man für sie, wenn auch mit Mühe, Waren erlangen kann. Und auch um was für Waren es sich dabei handelt, ist einleuchtend. Es sind zum einen Teil die Waren, die aus der schwachen Erzeugung hienherum in die Wege des Schleichhandels gehen und die, durch das Transportmittel der Geldnote befördert, auf dunklen Wegen unter hohen Gewinnen der Spekulanten und Schieber von der Stadt auf das Land gelangen. Es sind zum andern Teil die Waren, die vor der Nationalisierung sich in Verstecken, auch wohl durch Versteckung der Beamten, der Entwertung entzogen und die nun ebenfalls (auch sie unter hohen Gewinnen der Spekulanten und Schieber) allmählich den Weg ihrer Bestimmung gehen, aus Dorf, das Lebensmittel dafür gibt. Es ist zum dritten der alte Privatbesitz der niedergeworfenen Feudallasse und der niedergeworfenen Bourgeoisie, der sich so unaufhörlich in Lebensmittel verwandelt: Möbel und Bekleidung, Pelze und Kleider, Teppiche und Bilder, alles das, was nicht als Produktionsmittelkapital enteignet worden ist und was nun auf dem Aunweg über die Lebensmittellkrise einigelt wird. So ist das Sowjetgeld in riesenhaftem Umfang ein Mittel der Entwertung der früher herrschenden Klassen. Und es ist gleichzeitig Werkzeug, das den Bauern enteignet, zwar nicht von seinem Land, das er besitzt, wohl aber von den Produkten, die er gegen Geldzeichen abgibt. Dies ist von großer Wichtigkeit. Der russische Bauer glaubt heute, wenn ihm gesagt wird, das die Sowjet-Herrschaft ihn von allen Steuerlasten befreit habe. Er merkt noch nicht, das er diese Steuern entrichtet, indem er Lebensmittel gegen Noten gibt. Er merkt es deshalb noch nicht, weil er heute für diese Noten, die er massenhaft aufspeichert, noch Dinge, wenn auch knapp, erhalten kann, die er begehrt. Und trotzdem herrscht heute schon eine Lebensmittellkrise in der russischen Stadt, eine Knappheit der Nahrung, die für weiteuropäische Bezüge, was für andere durch den Krieg doch wahrhaft idyllischer Bezüge, unerträglich ist, so das der Trupp von deutschen Arbeiterauswanderern,

der im Frühjahr dieses Jahres in heller Begeisterung nach Ausland zog, nach der bekannnten Schilderung Dittmanns, bald kein brennenderes Verlangen habe, als nur dies eine, nach Deutschland, nach Hause zurückzukommen, um nicht zu verhungern. Was geschieht, wenn der Strom von Baren, der jetzt aus den alten Bekannten der russischen Wirtschaft auf das Land fließt und der heute noch den russischen Bauern den Geldzettel als reales und darum sehrbedeutendes, eigenwertiges Zahlungsmittel erscheinen läßt, versiegt? Was wird dann aus der Lebensmittelversorgung der russischen Städte? Die Preisfrüherung wird weiter phantastisch wachsen, die Geldentwertung solange fortschreiten, bis sie den Punkt des Grenzmaßes erreicht, wo der Geldzettel nicht mehr wert ist, als die Kosten seiner Herstellung. Was dann? Varga sagt ganz richtig, daß man ohne Entgelt eigentlich nur die Ernte eines Jahres requirieren könne. Danach zieht sich der Bauer in die geschlossene Hauswirtschaft zurück und produziert nicht mehr, als er für sich selbst und für die Dienste braucht, die er erlangen kann. (Fortf. folgt.)

Aus dem deutschen Leben.

Titel.

Spenden zum Besten des Deutschen Realgymnasiums.

Wir werden von der Gymnasial-Kommission um Veröffentlichung nachstehender Mitteilung, welche die Reberchrift trägt: „Erfreuliche Erscheinung“, gebeten:

„Gelegentlich eines Besuches des Direktors des Deutschen Realgymnasiums, Herrn Dipl. Ing. M. Jaekel, in Elisabeththal und zweier dieselbst von letzterem gehaltenen Vorträge sind zum Besten des Realgymnasiums folgende Spenden eingegangen: 1) Joh. Bauer III 1000 Mk.; 2) Georg Wöpple 2000 Mk.; 3) Joh. Nach 2000 Mk.; 4) E. Schall 1000 Mk.; 5) Georg Müller 300 Mk.; 6) Johannes Spilling 1000 Mk.; 7) Jakob Dinsald 1000 Mk.; 8) Johannes Aberle 1000 Mk.; 9) Adolf Schlicht 1000 Mk.; 10) Pastor Bauer 1000 Mk.; im ganzen 11 800 Mk. — Mit ganz besonderer Genehmigung erhebt die Gymnasial-Kommission hieraus, daß das Interesse und Wohlwollen gegenüber dem Deutschen Realgymnasium von Tag zu Tag wächst. — Die Kommission spricht dem Herrn Direktor sowie den Spendern ihren aufrichtigsten Dank aus.“

Gleichzeitig erlucht uns die genannte Kommission bekannt zu machen, daß durch Veranlassung des Herrn P a r k e r s J. S c h l e u n i n g in Berlin eine Spende zum Besten des Deutschen Realgymnasiums im Betrage von 2000 Mk. eingegangen ist, wofür die Kommission ihm bereits schriftlich gedankt hat. (2000 Mk. sind in Georg. Bots. umgerechnet, ca. 120 000 Mk. — D. Reb.).

Katharinenfeld, im Dezember 1920.

Die Sgullinder unserer Hsh. Clementarschule, gaben am 26. Dez. einen Theaterabend — „Das Schlaraffenland“ —, welcher den Kindern sehr gut gelungen ist. Die Eltern und Angehörigen waren erlucht über den Erfolg ihrer Kinder. Mancher Vater und manche Mutter fangen allmählich an zu begreifen, welche unerlöschlicher Reichtum in unseren Kindern steckt. Sollte es uns nicht gelingen, diese verborgenen Kräfte unserer Kinder zur vollen Entwicklung gelangen zu lassen? Ja, es ist unsere Schuld, wenn das Deutschtum bei uns zurückgeht. Das Deutschtum zu halten, ist unsere Pflicht, und wer sein Ererbtes dazu nicht beiträgt, der ist nicht wert, das Erbe Deutscher nennt. Wir haben keine angeborenen Rechte, sondern wir müssen letztere erkämpfen, wie ein Mann das für streiten. Unsere Kraft gibt uns Rechte, und diese Kraft und Rechte müssen wir suchen im Wissen. Wissen ist Macht, Reichtum und Ehre, und zu gleichem Zwecke müssen wir möglichst viel junge Leute in die Welt rauschicken, um sie theoretisch und praktisch auf allen Gebieten auszubilden, damit ein jeder seinen Mann zeigen kann im Leben. Das Deutschtum gilt es gerade jetzt festzuhalten, in der Stunde seiner Veruchung, und ist nur der ein braver Mann, der in schwerer Zeiten der Welt zeigt, daß das Deutschtum ein Volk hinter sich haben darf ohne seines gleichen, das der ganzen Welt als Vorbild dient. Wir

Katharinenfelder müssen uns rühren, daß wir doch endlich einmal einige unserer jungen Leute dort (in ausländischen Hochschulen) untergebracht sehen, wo sie zur vollen Reife gelangen können (vorausgesetzt, daß es ihnen am guten Willen nicht fehlt), und mit ihrer Rückkehr würden wir hoffen dürfen, daß für Katharinenfeld eine neue Epoche beginnen werde.

Katharinenfeld, den 3. Januar.

Am 5. Dezember vorigen Jahres wurden sämtliche Schulzimmer im Dorfe von der Volksgarde besetzt, und erst heute, am 3. Januar, konnte der Unterricht wieder fortgesetzt werden. Ein Monat der schönsten Schulzeit ist nun dadurch verloren gegangen, und mit ihm sind auch die schönsten Pläne und Hoffnungen des Lehrers zu Schanden geworden. Denn wie ein Hagelschlag auf das Gemüt des Landmanns, so wirkt eine solche erzwungene Unterbrechung auf das des Lehrers. Wo bleiben da die Lust und Freudigkeit zur Arbeit, wenn man monatelang darin unterbrochen und gehört wird? Wenn man fast regelmäßig am Morgen statt der Schüler eine Kompanie Soldaten in der Klasse vorfindet und die Schüler mit ihren Schulsachen auf der Straße stehen und sitzen sieht! Denn vom Tage der Mobilisationserklärung an bis zur vollständigen Besetzung der Schulen durch die Garde verging fast kein Tag, das nicht am Morgen irgend welche Klassenzimmer von Soldaten, die zur Mobilisation erschienen, besetzt waren. Unter solchen Umständen ist ein Gedeihen unserer Schulen nicht möglich, und unsere Arbeit an ihnen gleicht leider der einer Spinne, die immer wieder gezwungen wird, ihr zerstücktes Gewebe vor neuem zu beginnen. Wir haben doch auch früher Einquartierung gehabt, und zwar ganze Regimenter, und doch blieben während der Schulzeit die Schulen davon verschont. Sollte das wirklich jetzt nicht mehr möglich sein?

Zur Tätigkeit des Deutschen National-Rats in Georgien.

(Bericht, erstattet auf der Tagung der Deleg.-Versammlung des Deutschen Nationalen Verbandes in Georgien am 17.—19. Dez. 1920 von dem Vorliegenden des Deutschen Nat.-Rats in Georgien P. Büßl.)

Laut P. VI des Protokolls N. 4 der vorigen Tagung der Del.-Versammlung, des Deutschen Nationalen Verbandes in Georgien war eine gleichzeitige Zusammenkunft der Delegierten des Verbandes der transkauk. Deutschen und des Deutschen Nationalen Verbandes in Georgien für die 2. Hälfte des Augusts v. J. in Aussicht genommen. Aus bekannten Gründen kam diese Zusammenkunft jedoch nicht zustande, und so beschloß der Nat.-Rat endlich, die Delegierten aus den Kolonien Georgiens zum 17. 12. d. J. einzuberufen, um mit ihnen Fragen zu besprechen, die seinen weiteren Aufschwung duiden.

Der Nat.-Rat hält es für seine Pflicht, den Anwesenden zunächst einen Einblick in die von ihm seit seiner Begründung geleistete Arbeit — und damit zugleich einen Überblick über dieselbe in großen Umrissen — zu verschaffen.

Der Nat.-Rat hat seine Tätigkeit unter schwierigen Verhältnissen begonnen. Nichts war da: kein Lokal, kein Inventar, kein Sekretär, keine Kasse! Was wir jetzt an Einrichtung besitzen, ist eine ziemlich defekte Schreibmaschine, ein Bäderkasten und noch einige Kleinigkeiten, die aus der Zeit des früheren Nat.-Rats der transk. Deutschen stammen und uns zur zeitweiligen Benutzung überlassen worden sind. Der Posten eines Sekretärs hat Herr G. S. Ch. a. Ende Juli zeitweilig zu übernehmen sich bereit erklärt; er bekleidet ihn auch heute.

Wir schritten zuerst an die Fertigstellung der Protokolle, der Verbandsstatuten, der Statuten des Lehrerverbandes, die allen Ortsgruppen zugesandt wurden. Sodann gelangten Formulare für verschiedene statist. Angaben zur Verlebung; über die Seelenzahl in den Kolonien, Anzahl von Schulen, Lehrern, Schülern, den Bestand der Ortsvorstände, über Steuern (Staatsteuern und Gemeindeumlagen) usw. Oft wurde ich schon über alle diese und ähnliche Dinge befragt und konnte keine genaue Antwort geben. Ueberhaupt ist es in bezug auf die Statistik bei uns sehr schwach bestellt. Der Nat.-Rat hatte die Pflicht, zuerst statist. Angaben über die wichtigsten Gebiete einzusammeln und diese Umfrage dann auf weitere Zweige auszu dehnen. Man scheint leider bei uns die Notwendigkeit auch die Be-

deutung einer genauen Statistik noch nicht erkannt zu haben. Von 5 Ortsgruppen fehlen heute noch, nachdem mehr denn 4 Monate seit Verlebung der Formulare verfloßen sind, die erbetenen Angaben aus, so daß man sich über die besagten Gebiete immer noch kein klares Bild machen kann.

Beim Rückblick auf die sonstige Tätigkeit des Nat.-Rats muß zum Teil auf die Zeit vor Gründung desselben zurückgegriffen werden, weil in vieler Hinsicht bloß fortgesetzt werden mußte, was ich in meiner Eigenschaft als Abgeordneter schon angefangen hatte. Ich streiche das Wichtigste heraus, was Bezug auf die einzelnen Ortsgruppen hat, wobei ich nur Tatsachen anführen will. Die von besonderer Bedeutung für ganz Kolonien waren. Ich berichte im einzelnen über jede Ortsgruppe, und zwar in der Reihenfolge, wie wir sie in unserem Verzeichnis nach der Größe der Seelenzahl und der Höhe der zum Unterhalt des Nat.-Rats zu leistenden Beiträge gruppiert haben.

I. Katharinenfeld. — Die Zustände in dieser Kolonie müssen einem zum Teil recht traurig stimmen. Willkür, Uebergriße und Gewalttätigkeiten seitens gewisser Personen der Administration und der Verwaltungsorgane sind in ihr an der Tagesordnung. Die Politik, die dort bis jetzt von verschiedenen Unterbeamten geführt wurde, zeugt von keinem besonderen Wohlwollen den Deutschen gegenüber und steht in direktem Widerspruch zu der Stellung, welche die höhere Obrigkeit nach dieser Richtung einnimmt. Während meines mehrtägigen Aufenthaltes in Katharinenfeld (Ende September) habe ich einen umfangreichen Material auf Grund von zahlreichen Aussagen glaubwürdiger Personen gesammelt und nach meiner Rückkehr in die Stadt eine viele Seiten starke Eingabe an das Präsidium der Grundg.-Versammlung und an das Büro der sog.-demokr. Fraktion ebenfalls gemacht. Ich führe hier die Hauptpunkte an, die der Katharinenfeldern zu schaffen machen und auf die ich in meiner Eingabe ganz besonders hingewiesen habe: 1) Durch die Tataren verübte Verbrechen, Ungeheuerlichkeiten haben die Tataren die Gras-, Getreide- und Maisfelder der Kolonisten mit ihrem Vieh abgeweidet und beschädigt. Beim Entzweien des Viehes hat sich der dortige Friedensrichter eingemischt und dem Dorfkommissar ein Bestrafen der Besitzer des Viehes laut Tare nach alter erprobter Weise (früher war dies allerorten üblich) unter Androhung von schweren Strafen unterlagt, mit dem Hinweis, daß die Geschädigten ihr Recht auf gerichtlichem Weg suchen sollten. Persönlich wurde der Schaden von Vertrauenspersonen abgeschätzt und die Protokolle hierüber auf dem Gericht eingereicht. In Gerichtsverhandlungen kam es auch bis jetzt nicht, und die Frechheit der Nachbarn wuchs nur umso mehr. Ueber diesen Punkt wurde noch besonders eine Eingabe an das Innenministerium gemacht und um Wiederherstellung des früheren Verfahrens nachgesucht, bezuglos jede Dorfbewehrung für Feldschaden sofort pro Kopf oder Stück Vieh Strafgebühren erheben konnte, und das stets gute Resultate zeitigte. Die Eingabe befindet sich beim Jurisfonsult des Innenministeriums. In alternativer Zeit muß eine schriftliche Antwort erfolgen. — 2) Die Schädigung und Plünderung der Wein- und Gemüsegärten durch Milizionäre, Nationalgardisten, Angestellte, Diener usw. In ausführlicher Weise wurde in der Eingabe auf das freche Benehmen der genannten Personen hingewiesen, das allgemein in der Kolonie großen Unwillen hervorgerufen hat. — 3) Die Agrarreform, die in einer Weise durchgeführt wurde, daß ein Teil der den früheren Besitzern abgenommenen Ländereien entweder in fremde Hände gekommen ist oder aber noch zum Landfonds zählt, wobei es fraglich ist, an wen diese Ländereien zuguteerfallen werden. Katharinenfeld hat eine ganze Menge Landdiener und Landarmen und sollte mit allem Nachdruck dahin arbeiten, daß die Landreform im Sinne der durch meine Beistellung von dem Landwirtschaftsminister ausgesprochenen Resolution durchgeführt würde, die am 5. April l. J. sub. N. 1199 an die Dorfkapitel Kreislandwirtschaftsverwaltung durch die Abteilung für Agrarreformen beim Innenministerium gesandt wurde und von welcher ich der Gemeinde am 7. April eine Kopie zugehelt habe. (Fortf. folgt.)

Herausgeber der Z. B. des Verbandes der transk. Deutschen. Verantwortlich für die Redaktion das Red.-Komitee.